PB.W-01-605

# Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | KV Münster |
| Beschlussdatum: | 23.04.2021 |

## Änderungsantrag zu PB.W-01

**Von Zeile 604 bis 605 einfügen:**
Ungleichgewichte gemeinsam in Überschuss- und Defizitländern reduzieren sowie wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen als Gemeinschaft treffen. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit öffentlichen Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.

## Begründung

Die lang anhaltenden und großen deutschen Exportüberschüsse werden zu Recht von unseren Handelspartnern kritisiert. Sie sind durch zu niedrige Lohnentwicklung entstanden und bewirken in den Ländern mit Exportdefiziten, Arbeitslosigkeit. Die anderen Staaten in der Eurozone können sich dagegen nicht, wie außerhalb einer Währungsunion üblich, durch Wechselkursanpassungen wehren, die deutsche Waren teurer machen würden. Wenn dieser Entwicklung nicht durch stärkere Binnennachfrage in Deutschland begegnet wird, kann sie zum Verfall der Währungsunion führen. Dies hätte auch für die deutsche Wirtschaft dramatische Folgen, weil der Exportmarkt einbrechen würde. Deshalb sollten wir dieses Thema nicht etwa aus Angst vor der Exportlobby auslassen und den hier vorgeschlagenen Satz aus unserem aktuellen Grundsatzprogramm nicht ad Acta legen.